

Rede der Landtagsabgeordneten Sigrid Leuschner (SPD):

119. Plenarsitzung am 10. November 2011 zu TOP 19:

**Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit – Ein
Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte**

Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen – Drs. 16/3313

Beschlussempfehlung des Ausschusses für Inneres und Sport – Drs. 16/4065

- Zweite Beratung -

- es gilt das gesprochene Wort –

Anrede, wir haben am 30. Juni unseren Antrag „Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, Menschenfeindlichkeit, Antisemitismus und Islamophobie – Stellenwert der politischen Bildung wieder erhöhen!“ abschließend beraten.

Anrede, von der CDU und FDP, sie haben unseren Antrag abgelehnt.

Deswegen finde ich es gut, dass wir heute auf Grundlage des Antrags der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zum Thema „Gemeinsam gegen Ausgrenzung und Menschenfeindlichkeit – Ein Landesprogramm für Demokratie und Menschenrechte“ noch einmal über die Ursachen von Rechtsextremismus und gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit debattieren können.

Anrede, von den Koalitionsfraktionen, vielleicht haben sie in der Zwischenzeit dazugelernt und können jetzt wenigstens diesem Antrag zustimmen.

Ähnlich wie in unserem Antrag geht es der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen um ein abgestimmtes Handlungskonzept.

Anrede, nach wie vor stellen menschenfeindliche Einstellungen und die daraus resultierende Ausgrenzung von Menschen aufgrund der ethnischen Zugehörigkeit, der Sprache, des Glaubens oder Weltanschauung, des Geschlechts, der sexuellen Orientierung oder einer Behinderung eine permanente Bedrohung für eine demokratische, weltoffene und vielfältige Gesellschaft dar.

Dies ist kein gesellschaftliches Randphänomen, meine Damen und Herren.

Dies hat schon die jüngste Studie der Friedrich-Ebert-Stiftung „Die Mitte in der Krise – Rechtsextreme Einstellungen in Deutschland 2010“ von Oliver Decker, Elmar Brähler u. a. gezeigt.

Anrede, rund ein Drittel der Befragten stimmten der Aussage zu, dass Ausländer nur nach Deutschland kommen, „um unseren Sozialstaat auszunutzen“, und beinahe ein Viertel der Befragten stimmten der Aussage zu, Deutschland brauche „eine einzige starke Partei, die die Volksgemeinschaft insgesamt verkörpert“.

In der FES - Studie „Die Abwertung der Anderen“, an der u. a. Dr. Beate Küpper mitgearbeitet hat, wird zusätzlich ein neuer Aspekt in den Mittelpunkt gerückt – die Zunahme von Ressentiments gegenüber Muslimen in unserer Gesellschaft.

Bei den Befragten dieser Langzeitstudie wurde eine Zunahme von Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit gegenüber Migrant/innen, Schwarzen, Juden/Jüdinnen, Muslim/innen, Frauen und homosexuellen Menschen festgestellt.

Sie sind oftmals Opfer von gezielter Diskriminierung und struktureller Benachteiligung.

Diese Gruppen können im Besonderen zu Zielscheiben rechtspopulistischer Propaganda und rechtsextremer Angriffe werden.

Rechtsextremisten und –populisten operieren oft mit dem Überfremdungsargument oder dem Argument, dass die Kultur dieser Gruppen nicht in die eigene Kultur passen würde.

Anrede, dieser Trend, diese rechtsextremen und menschenfeindlichen Einstellungen finden wir mittlerweile in der Mitte unserer Gesellschaft und sie treffen dort auf immer mehr Zustimmung.

Anrede, Rechtsextremismus, Rassismus, Antisemitismus, Islamophobie und Antiziganismus dürfen keinen Platz in Niedersachsen haben. Damit stimmen wir mit der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen überein.

Mit ihrem Zehn-Punkte-Programm für Demokratie und Menschenrechte, Anrede von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wollen sie Maßnahmen und Programme, die bereits bestehen, bündeln und um neue Elemente ergänzen.

Sie fordern eine große Vielfalt an Angeboten und an Anknüpfungspunkten, um möglichst viele Menschen zu erreichen.

Dies unterstützen wir und haben wir auch in unseren Anträgen gefordert.

Anrede, von der CDU/FDP, ich will sie noch einmal daran erinnern, dass wir in unserem ersten Antrag, dem Aktionsprogramm gegen Rechtsextremismus, 17 Forderungen, die auf Nachhaltigkeit und Stetigkeit ausgerichtet waren, vorgelegt haben.

Vielleicht muss ich Sie, Anrede, von CDU und FDP, auch noch einmal daran erinnern, dass Sie unseren Antrag abgelehnt und stattdessen einen sehr einen sehr oberflächlichen Änderungsantrag verabschiedet haben.

Anrede, wir haben mittlerweile drei Anträge gegen Rechtsextremismus und zu den Ursachen von gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit eingebracht und diese auch im Plenum beraten.

Parallel haben wir vom Forum „Gegen Rechts“ des SPD-Landesverbands Niedersachsen sechs gut besuchte Veranstaltungen, die sich mit den Ursachen von Rechtsextremismus befasst haben, durchgeführt.

Auf der letzten Veranstaltung im September dieses Jahres haben wir uns den Opfern von rechtsextremistischer Gewalt zugewandt.

Denn häufig wird die Anzahl verbaler und körperlicher Angriffe gegen Menschen aufgrund ihrer Herkunft, Hautfarbe und Religionszugehörigkeit unterschätzt.

Wohnungslose, Schwule und Lesben, Menschen mit körperlichen und psychischen Handikaps u. a. werden zunehmend Opfer von Gewalttaten.

Oft üben ganze Tätergruppen Gewalt gegen einzelne Opfer aus.

Und, was noch verschlimmernd hinzukommt, ist die Tatsache, dass die direkten Auswirkungen von körperlicher und psychischer Gewalt auf die Opfer in der öffentlichen Wahrnehmung kaum gespiegelt werden.

Häufig werden immer noch diese Übergriffe verharmlost, oft nicht einmal angezeigt und manchmal nicht der rechtsextremistischen Szene zugeordnet.

Zu dieser Thematik hatten wir als einen der Hauptreferenten vom Landespräventionsrat Niedersachsen Dr. Coester zum Thema: „Hate Crimes: Ein Konzept für Niedersachsen?“ eingeladen.

Anrede, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, mit ihrem sehr detaillierten Zehn-Punkte-Programm haben sie ein Handlungskonzept vorgelegt, welches aus unserer Sicht schlüssig ist.

Sie, Anrede, von der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, wollen, dass der Landespräventionsrat zu einer zentralen Koordinationsstelle für Demokratie und Menschenrechte ausgebaut wird und die politische Arbeit der Landesregierung durch die Errichtung eines Landesbeirates kritisch und fördernd begleiten.

Auch ihre weiteren Forderungen, die Einrichtung einer Antidiskriminierungsstelle des Landes, die Schaffung eines Dokumentationszentrums zum Thema Demokratie und Menschenrechte und die Errichtung einer Opferberatungsstelle finden unsere Zustimmung.

Wir teilen ihre Auffassung, dass die Sensibilisierung und gezielte Schulung von Staatsanwälten für den Bereich Rechtsextremismus und ihre Forderung nach Menschenrechtsbildung und Demokratieerziehung zu einem verpflichtenden

Bestandteil der Ausbildung von Beamtinnen und Beamten und in der pädagogischen Ausbildung gemacht werden muss.

Darüber hinaus, Anrede, fordert die SPD-Landtagsfraktion die Landesregierung auf, anstatt den fachlich nicht für Bildungskonzepte zuständigen Verfassungsschutz mit immer neuen präventiven Aufgaben im Bereich der politischen Bildung zu beauftragen, wieder eine Landeszentrale für politische Bildung einzurichten und diese mit diesen Aufgaben zu beauftragen.

Anrede, ich habe schon ausgeführt, dass wir gegen Rechtsextremismus ein interdisziplinäres und auf Stetigkeit ausgerichtete Konzept brauchen.

Nur durch politische Bildungsarbeit können Ressentiments aufgebrochen und mehr politische und gesellschaftliche Teilhabe ermöglicht werden.

Nur dadurch können wir menschenfeindlichen, chauvinistischen und antidemokratischen Tendenzen entgegenwirken.

Deshalb, Anrede, unterscheidet sich eine Landeszentrale für politische Bildung, deren Kuratorium die Bildungsarbeit parlamentarisch koordiniert und kontrolliert, Bildungskonzeptionen erarbeitet und Partnerschaften organisiert, diametral von einer Bildungsarbeit durch den Verfassungsschutz, wie sie die jetzige Landesregierung betreibt.

Und dies, Anrede, wollen wir nicht mehr!

Wir stimmen dem Antrag der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen zu.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.